

Brexit: Die Krux mit der Souveränität

Tsafrir Cohen

Es gibt viele Gründe, warum eine knappe Mehrheit der Wählerinnen und Wähler beim Referendum 2016 für den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs gestimmt hat: stagnierende Einkommen der unteren und mittleren Klassen, der Wunsch, einer in Privatschulen aufgezogenen politischen Elite, die die Sorgen der Bevölkerung weglächelt, einen Fußtritt zu verpassen, eine vier Jahrzehnte andauernde neoliberale Politik, im letzten Jahrzehnt gepaart mit strenger Austerität, die zu Einkommensungleichheit sowie zur deutlichen Verringerung öffentlicher Dienstleistungen führte, Ängste vor Einwanderung aus dem Osten Europas, ganze Regionen, die von der Globalisierung und dem technologischen Wandel abgehängt wurden. Und es war auch ein von RechtspopulistInnen manipulierter Ausbruch von englischem Chauvinismus.

Dies alles spielte eine Rolle. Aber dass eine protestbereite Bevölkerungsmehrheit einen EU-Austritt als den Königsweg zur Wiedererlangung von Kontrolle über die eigenen Geschicke wahrnahm, hat tiefe historische Wurzeln. Spätestens mit der Suez-Krise 1956, als das Vereinigte Königreich auf Druck der neuen Weltmächte USA und Sowjetunion zum Rückzug gezwungen wurde, dämmerte es den britischen Eliten, dass ihr Land keine Supermacht mehr darstellte und dass die Hoffnung, gegenüber den USA das zu sein, was Athen für Rom war, trügerisch war. Angesichts seines abnehmenden wirtschaftlichen wie politischen Gewichts trat das Vereinigte Königreich in der Folge der erfolversprechenden Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bei.

Doch während auf dem Kontinent „Europa“ als Heilmittel gegen Nationalismus und Krieg wahrgenommen wurde, sah es aus der Inselferspektive kaum wie eine Notwendigkeit aus. Schließlich ging das Vereinigte Königreich aus beiden Weltkriegen als Sieger hervor, und kein feindlicher Soldat hat je britischen Boden betreten. Und ist das Vereinigte Königreich nicht schon an sich ein übernationales Gebilde, das vier Nationen vereint und ein passendes Vehikel zur Überwindung von Nationalismus darstellt? Hinzu kommt der Phantomschmerz des Empire, das einst alle Meere beherrschte und ein Kolonialreich ohnegleichen sein Eigen nannte. In Elite-Unis mögen sie über Postkolonialismus debattieren; die breite Öffentlichkeit behält jedoch ein ungebrochenes Verhältnis zum Empire und zu einer exzeptionellen Rolle Britanniens in der Welt. Folglich wurde

die Gemeinschaft von London aus als ein nützlicher Wirtschaftsraum, nicht aber als historischer, politischer Einigungsprozess wahrgenommen. Das zeigt sich auch heute in den europafreundlichen Teilen der Gesellschaft: bei der BBC, die über eine Regierungskrise in der ehemaligen Kolonie Uganda berichtet, nicht aber über die in Italien oder über die Wahlen zum CDU-Vorsitz, im Desinteresse linker BritInnen an ihren europäischen Gegenübern, im Gegensatz zu ihren detailverliebten Kenntnissen noch der unbedeutendsten linken US-Akteure oder im schrumpfenden Interesse junger Menschen, europäische Sprachen zu lernen.

Vor diesem Hintergrund lässt sich der Brexit als ein Schritt zur Wiedereingliederung nationaler Souveränität von einem Kontinent verstehen, der den BritInnen auch nach bald einem halben Jahrhundert Mitgliedschaft in EWG, EG und EU fremd gebliebenen war.

Eintritt: die Realität

Was die Brexit-BefürworterInnen verdrängen oder aber den Menschen verschweigen, ist die Tatsache, dass Souveränität nicht gleichbedeutend ist mit Macht oder Handlungsfähigkeit. Und jetzt, wo die stolzen Nationalanführer verhalten, stellt man in London fest, dass jene von Brüssel wiedergewonnene Souveränität der Regierung ihrer Majestät keineswegs potentere Machtmittel in die Hände spielt. Brillant schilderte die Brexit-Kampagne die Möglichkeit einer erneuerten politischen Rolle Britanniens auf der Weltbühne und eines Wiedererblühens seiner maritimen Wirtschaftsbeziehungen in alle Welt. Statt sich mit der Rolle einer Mittelmacht neben Deutschland und Frankreich zu begnügen, sollte das Land seine Sonderbeziehungen zu den Cousins in den USA ausbauen und das Commonwealth mit neuem Leben füllen, bei gleichzeitigem Erhalt des Einflusses auf ein auseinanderdriftendes Europa. Das Gegenteil findet statt: Der britische Einfluss in Europa schwindet, und damit auch die Bedeutung des Königreichs für die USA, deren Politik keinesfalls auf einer soziokulturellen Nähe aufbaut, sondern realpolitisch in den Briten den ihnen am nächsten stehenden Zugang zum Kontinent wahrnahm. Das Land ist auf der Prioritätenliste der USA in der Folge des Brexits weit nach unten gerutscht.

Dass dies durch die Vertiefung der Beziehungen mit den ehemaligen Kolonien kompensiert werden kann, ist illusorisch. So orientiert sich Australiens Wirtschaft längst an China, während die Vertiefung der

Beziehungen mit Großbritannien für China infolge des Brexit längst nicht mehr prioritär ist. Insgesamt begibt sich das Vereinigte Königreich in gefährliches Fahrwasser, da im Zeitalter der Digitalisierung große Wirtschaftsräume enorm im Vorteil sind. Die EU mit ihren 450 Millionen

Die versprochene glänzende Zukunft ist eine Luftnummer.

EinwohnerInnen spielt da in einer anderen Liga, auf gleicher Augenhöhe mit den USA und China. Dass das Vereinigte Königreich nicht

mehr Teil eines großen Wirtschaftsblocks ist, soll über Bürokratieabbau, Markt-Deregulierung und Steuersenkungen kompensiert werden. Damit soll Wachstum generiert und die „überregulierte Eurozone“ abgehängt werden. Ein Singapur an der Themse. Diese Träume von einer zweiten goldenen neoliberalen Ära werden jedoch von der globalen Abwendung von der Austeritätspolitik und nicht zuletzt von der Pandemie zunichte gemacht, die den ohnehin wachsenden Ruf nach einem starken Staat lauter werden ließ.

Noch größer waren die Hoffnungen, dass die wiedergewonnene Souveränität der Lösung tiefer struktureller Probleme des Landes dient. Dazu gehört, die Kluft zwischen den deindustrialisierten und abgehängten Peripherien, etwa in Nordengland, Wales und Nordirland, die zu den ärmsten Regionen Westeuropas zählen, und einem wohlhabenden, konsumorientierten Süden um die Metropole London, deren Zentrum die wohlhabendste Region Europas darstellt, zu schließen. Aber die notwendigen Kapazitäten fehlen: Die Industriebasis ist dünn, mittelständische Unternehmen sind rar. Der Staatsapparat ist ausgemergelt und hat kein institutionelles Gedächtnis in Fragen der Industriepolitik – ein Wort, das lange tabu war. Die bisherige Bildungspolitik bringt zwar glänzende Köpfe an kosmopolitischen Eliteuniversitäten hervor, in der Fläche sorgte sie eher für schlecht ausgebildete Menschen.

Die meisten ExpertInnen sind sich einig, dass die versprochene glänzende Zukunft eine Luftnummer darstellt und erwarten statt seriöser Industriepolitik und einer breiten Investitionsoffensive und angesichts der durch die Pandemie verursachten Rezession eher eine Symbolpolitik für die abgehängten Regionen, gepaart mit einer Konzentration auf ohnehin erfolgreiche Wirtschaftszweige wie regenerative Energie, Rüstung, Luftfahrt und pharmazeutische Industrie. Insgesamt ist zu befürchten, dass die britische Wirtschaft langfristig unterdurchschnittlich abschneidet und von der EU abgehängt wird.

Viele der besonders EU-feindlichen Brexit-BefürworterInnen hofften voller Schadenfreude, dass dem Brexit weitere Austritte folgen würden. Im Gegenteil: Die EU scheint kohäsiver denn je. Derweil droht der Brexit zur Destabilisierung des Vereinigten Königreichs beizutragen, indem er die ohnehin wachsende Entfremdung der drei ungleich kleineren proeuropäischen Nationen von der Union mit einem dominanten England vertieft. Am weitesten gediehen ist dies in Schottland, wo sich seit dem Brexit eine stabile Mehrheit für die Unabhängigkeit und einen Wiedereintritt in die EU abzeichnet. Währenddessen begünstigt das Brexit-Abkommen strukturell eine weitere Annäherung Nordirlands an die Republik Irland.

Aussichten

Der Brexit ist Geschichte. Um vorwärts zu kommen, muss sich das Vereinigte Königreich seiner Illusionen über eine Sonderrolle in der Weltgeschichte entledigen und seine Rolle als Mittelmacht annehmen. Dazu gehört eine gute Portion Realismus, wenn es darum geht, welche Kompromisse es in Fragen der Souveränität einzugehen bereit ist – und welche nicht. Auch innenpolitisch muss sich das Königreich, vor allem aber England, von der Idee trennen, dass alle Souveränität in Westminster liegt, ansonsten droht nicht nur das Ende der Union, sondern auch der weitere Niedergang der nordenglischen Regionen, was eine gerechtere Gesellschaft in weite Ferne rücken ließe. Gerecht sollte es ja ohnehin zugehen – inner- oder außerhalb der EU. 🌐

Tsafirir Cohen

geb. 1966, leitet das im Aufbau befindliche Regionalbüro Vereinigtes Königreich und Irland der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Tsafirir.Cohen@rosalux.org

